

Bildungsheft Strategie und Taktik - Referentenmaterial -



Herausgeber: Kommission Marxistische Theorie und Bildung
der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Erschienen: Mai 2016

1. Hans Peter Brenner: Revolutionärer Bruch und die Suche nach „Übergängen zum Sozialismus“

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 forderte die Kommunisten auf, eigene Reformforderungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen und zur Verbesserung der Kampfbedingungen gegen den Kapitalismus zu entwickeln bzw. die Reformen anderer progressiver Parteien unterstützen. Dabei sollten sie aber „keinen Augenblick (unterlassen), bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Band 4, S. 492f)

1.1. Marxismus-Leninismus über Etappen und Schritte im revolutionären Prozess

Der „Bund der Kommunisten“, die damals winzig kleine Partei der Kommunisten, unterschied also bereits zwischen verschiedenen Etappen und Schritten auf dem revolutionären Wege zum Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen.

Das „Manifest“ sprach davon, „dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“ ist. In der sich entwickelnden (bürgerlichen) Revolution von 1848 in Deutschland sah das Manifest „das unmittelbare Vorspiel der proletarischen Revolution.“ (MEW Bd. 4, S. 481 und 492)

Gut sechs Jahrzehnte später prägte Lenin in seiner Schrift „Was tun?“ die dazu passende knappe Formel: „Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie (gemeint ist die revolutionäre Arbeiterpartei) den Kampf für Reformen dem revolutionären

Gebrauchsanleitung

Dieses Referentenmaterial stellt eine Ergänzung des DKP-Bildungsheftes Strategie und Taktik dar, das DKP-Gruppen und Kreise dabei unterstützen soll, einen Bildungsabend im Rahmen des DKP-Bildungsschwerpunktes 2016 durchzuführen. Das Referentenmaterial kann insbesondere zur Vorbereitung eines solchen Bildungsabends durch die Bildungsverantwortlichen genutzt werden, kann jedoch auch – je nach Stand der Bildungsarbeit in der jeweiligen Gliederung – auch selbst Gegenstand von einem oder mehrerer Bildungsabende sein.

Inhalt

1. Referat von Hans-Peter Brenner: Revolutionärer Bruch und die Suche nach „Übergängen zum Sozialismus“ (Seite 1)
2. Referat von Pablo Graubner: Zur Transformationsstrategie (Seite 9)
3. Hilfestellungen zur Gestaltung eines Bildungsabends von Michaela Sohn (Seite 14)

Die Referate und Materialien wurden in Vorbereitung des bundesweiten Vorbereitungsseminars der zentralen Bildungskommission im April 2016 erstellt

Kampf für Freiheit und Sozialismus unter.“ (Lenin: Was tun? Dietz Verlag Einzelausgabe 1970, S. 98) Es geht als um einen inneren systemischen Zusammenhang zwischen Teilzielen und Gesamtziel im Rahmen einer Dialektik von Schritten, Stufen und Übergängen im Vormarsch auf das sozialistische Ziel. Zu Lebzeiten Lenins suchten die russischen Bolschewiki immer wieder nach den jeweils bestmöglichen und der konkreten Situation

angemessenen weiteren und teilweise auch völlig neuen Formen des „Herankommens an die sozialistische Revolution“.

In dem ersten niedergeschlagenen Anlauf zu einer antizaristischen, bürgerlichen Revolution von 1905 war dies beispielsweise die Losung von der „revolutionären Demokratie der Arbeiter und Bauern“, die nach dem Sturz des Zarismus errichtet werden sollte. Nach der zweiten und erfolgreichen antifeudalistischen bürgerlichen Revolution im März 1917 stellte sich für die russische Linke die zentrale Frage, welche Entwicklungsrichtung der revolutionäre Prozess jetzt einschlagen und – vor allem – welche Rolle die Organisationsstruktur der Sowjets dabei spielen sollte.

Dabei sorgte Lenin zeitweilig für eine große Irritation selbst unter seinen engsten politischen Mitstreitern, als er scheinbar eine „Wende nach rechts“ vollzog. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Exil überraschte Lenin in seinen sogenannten „April-Thesen“ die Bolschewiki damit, dass er auf die rasche Fortsetzung der Revolution und auf den schnellen Übergang zu einer neuen Etappe orientierte, in der zuerst einmal die Voraussetzungen für die Vorbereitung auf die proletarisch-sozialistische Revolution geschaffen werden sollten.

Er erklärte auf zwei Beratungen (einer Beratung bolschewistischer und einer Versammlung bolschewistischer und menschewistischer Delegierter der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) folgendes:

„Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Russland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muss.“ (Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, Lenin Werke Bd. 24, S. 4)

Das nächste strategische Ziel beschrieb er dann so: „Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts – sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter,

Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.“ (ebenda S. 5) Aber – und das war die Charakterisierung dieser Etappe, die auch viele seiner engsten Genossen verblüffte – das sei noch nicht die „sozialistische Republik“: „Nicht ‚Einführung‘ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.“ (ebenda, S. 6)

Die Leninsche Revolutionsstrategie bewies zu dem Zeitpunkt ihre historische Überlegenheit nicht nur durch ihre Hartnäckigkeit, mit welcher der Kurs auf die proletarische Revolution trotz aller zeitweiligen Rückschläge beibehalten wurde, sondern auch durch einen fast peniblen Kontrolle der Veränderungen des äußeren und inneren Kräfteverhältnisses, was zu ungeahnten Manövern führte.

In den sehr kritischen Monaten Juni /Juli und im September 1917 schien für viele Linke die Lage bereits mehr als reif für eine revolutionäre „Offensive“ und die „Machtergreifung“. Es kam am 3. und 4. Juli zu großen Arbeiter- und Soldatendemonstrationen, die dadurch ausgelöst worden waren, dass die Provisorische Regierung unter A. Kerenski mit Unterstützung des 1. Gesamtrussischen Sowjetkongresses, auf dem damals die Partei der Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die Mehrheit innegehabt hatten, zu einer neuen Mobilmachung und Militäroffensive aufrief. Dies löste große revolutionäre Unruhe unter der kriegsmüden Bevölkerung aus. Die Bolschewiki ließen sich aber selbst angesichts großer bewaffneter Soldaten- und Arbeitermassen zu diesem Zeitpunkt nicht zu einem „offensiven und schnellen Zuschlagen“ hinreißen. Der geeignete Zeitpunkt für einen erfolgreichen bewaffneten und militärisch abgesicherten Aufstand war nach genauer Analyse der Kräfteverhältnisse in den Sowjets und in der Armee noch nicht gegeben. Nach Lenins Berechnung hätte er zu diesem Zeitpunkt scheitern müssen.

1.2. Ein „Schritt zur Seite“ – Sofortforderungen gegen den Putsch

Und sogar noch im September 1917 hieß das nächste taktische Ziel der Bolschewiki angesichts

des drohenden Militärputsches unter Führung des zaristischen Generals Kornilow gegen die sozialdemokratische und linksbürgerliche Kerenski-Regierung nicht „Offensive“ für die sofortige sozialistische Revolution. Lenin rief von seinem zwischenzeitlichen neuen Exil in Finnland zum Kampf gegen den Putsch auf. Dabei betonte er, dass dies nicht dem Schutz der Kerenski-Regierung galt, aber dass weder deren Sturz noch die „proletarisch-sozialistische Revolution die unmittelbare Aufgabe sei.

„Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow, ebenso wie die Truppen Kerenskis; aber wir unterstützen nicht Kerenski, sondern entlarven seine Schwäche. ...Man muss der Situation Rechnung tragen, jetzt werden wir Kerenski nicht stürzen, wir werden jetzt an die Aufgabe; den Kampf gegen ihn zu führen, anders herangehen, und zwar werden wir das Volk (das gegen Kornilow kämpft) über Kerenskis Schwäche und über seine Schwankungen aufklären.“ (Lenin: An das Zentralkomitee der SDAPR. Werke Band 25, S. 295)

Die Bolschewiki stellten zu diesem Zeitpunkt einen Katalog demokratischer Sofortforderungen sowohl gegen die Putschisten wie auch gegen die Kerenski Regierung auf: Entfernung der konterrevolutionären Generale aus der Truppe, ihre Ersetzung durch gewählte Führer, Abschaffung der Todesstrafe, Übergabe des Großgrundbesitzes an die Bauernkomitees, gesetzliche Sicherung des Achtstundentages und demokratische Kontrolle der Fabriken durch die Arbeiterschaft, Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten Russlands, Einberufung der Konstituierenden Versammlung sowie einen allgemeinen demokratischen Frieden. Auf Vorbehalte in den eigenen Reihen, dass man sich damit doch von dem Ziel der Eroberung der Macht durch das revolutionäre Proletariat entferne, reagierte Lenin mit dem folgenden Argument: „Es wäre falsch anzunehmen, dass wir uns von der Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat entfernt haben. Nein, wir sind dieser Aufgabe ganz erheblich näher gekommen, aber nicht direkt, sondern von der Seite her.“ (ebenda, S. 295f)

Zur Vereitelung einer „drohenden Katastrophe“ ging Lenin taktisch also einen großen Schritt zurück. Er rief zum einen zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Putschisten auf und

orientierte aber gleichzeitig auf die Er kämpfung einer „revolutionär-demokratischen“ – noch nicht sozialistischen -Staatsmacht. Diese sollte die zentralen ökonomischen und politischen Entscheidungen und Maßnahmen erst einmal vorbereiten, welche dann später die kapitalistische Bourgeoisie endgültig von der Macht verdrängen sollten. (Vergl. W.I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, Werke Bd. 25, S 327 ff.) Zu diesem Zeitpunkt des gemeinsamen Kampfes gegen den drohenden Kornilow-Putsch wäre letztmalig sogar unter bestimmten Bedingungen für eine kurze Zeit auch eine friedliche Machtergreifung möglich gewesen. In seiner Arbeit „Über Kompromisse“ vom 1.9.1917 – also nur fünf Wochen vor dem bewaffneten Oktoberaufstand schrieb Lenin, dass die Bolschewiki in diesen Tagen vor einer ganz besonderen Situation stünden. „Nun ist eine so jähe und einzigartige Wendung in der russischen Revolution eingetreten, dass wir als Partei einen freiwilligen Kompromiss anbieten können. Freilich nicht der Bourgeoisie, unserem unmittelbaren und hauptsächlichen Klassenfeind, sondern den uns nächsten Gegnern, den ‚herrschenden‘, kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, den Sozialrevolutionären und Menschewiki. Nur ausnahmsweise, lediglich wegen der besonderen Lage, die offenbar nur eine sehr kurze Zeit andauern wird, können wir diesen Parteien einen Kompromiss vorschlagen, und wir müssen das meines Erachtens tun. Ein Kompromiss ist unsererseits die Rückkehr zu der Forderung, die wir bis zum Juli stellten: Alle Macht den Sowjets, eine den Sowjets verantwortliche Regierung aus Sozialrevolutionären und Menschewiki. Jetzt und nur jetzt, vielleicht nur während weniger Tage oder nur ein, zwei Wochen lang, könnte sich eine solche Regierung vollkommen friedlich bilden und festigen. Sie könnte mit größter Wahrscheinlichkeit eine friedliche Vorwärtsentwicklung der gesamten russischen Revolution gewährleisten und außerordentlich viel dazu beitragen, dass die internationale Bewegung für den Frieden und den Sieg des Sozialismus große Fortschritte macht. Nur um dieser friedlichen Entwicklung der Revolution willen, einer in der Geschichte höchst seltenen und höchst wertvollen, einer

außerordentlich seltenen Möglichkeit, können und müssen meines Erachtens die Bolschewiki, die Anhänger der Weltrevolution, die Anhänger der revolutionären Methoden, auf einen solchen Kompromiss eingehen. ...

Vielleicht ist das schon nicht mehr möglich? Vielleicht. Aber wenn auch nur eine Chance unter hundert besteht, so wäre der Versuch, eine solche Möglichkeit zu verwirklichen, immerhin wert, gemacht zu werden.“ (W.I. Lenin: Über Kompromisse, Werke Bd. 25, S. 314f)

Schon zwei Tage später war jedoch diese historische Chance auf einen friedlichen Verlauf der Revolution jedoch schon wieder verstrichen, wie Lenin im Abspann zu diesem an einem Freitag geschriebenen Artikel am Sonntag feststellen musste. Aber – so Lenin: “Manchmal ist es vielleicht auch nicht uninteressant, auch verspätete Gedanken kennenzulernen.“ (ebenda, S. 319)

1.3. Staatsmonopolistischer Kapitalismus und „revolutionäre“ Demokratie

Über diese aktuelle Lage hinaus erklärte Lenin außerdem in der bedeutsamen revolutionstheoretischen Schrift „Die drohende Katastrophe“, die er vom 10.-14. September 1917 verfasste, grundsätzlich, welche Bedeutung im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine andere als die „normale“ bürgerliche Demokratie für die revolutionäre Strategie der Kommunisten besitze.

Diese Einschätzung hat von Ära der Kommunistischen Internationale bis in die aktuelle Gegenwart hinein die Strategiediskussionen der Kommunistischen Parteien stark beeinflusst. Auf sie bezieht sich auch das Konzept einer antimonopolistischen Strategie und antimonopolistischen Demokratie. Lenin betonte: „Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet...“ (Lenin Werke Bd. 25, S.368f)

Er schrieb zur Charakterisierung dieser „nicht-junkerlichen“, sondern konsequent linken und revolutionär-demokratischen Staatsform: Es ist „noch kein Sozialismus aber schon kein

Kapitalismus mehr. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, dass man –die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“ (a.a.O., S. 371) Das ist kein in sich fertiges „demokratisches Zwischenstadium“, das als Form eines „dritten Wegs“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus einen eigenen und dauerhaften Platz einnimmt. Es ist eine Phase neuer heftiger Klassenauseinandersetzungen mit neuem Terrain- und Machtzuwachs für die kämpfende Klasse aber es ist noch keineswegs die Lösung der Machtfrage damit verbunden und auch das (groß-)kapitalistische Eigentum ist noch längst nicht vergesellschaftet. Es findet aber ein intensiver Kampf um seine Kontrolle und Bändigung statt.

Später fasste Lenin noch mehrmals zentrale Elemente seiner strategischen Erfahrungen und Überlegungen für den Kampf und den historischen Platz dieses Kampfes um Machtverschiebungen und die Schaffung von „Übergängen zum Sozialismus“ zusammen, die auch die besonderen Bedingungen in den hochentwickelten Ländern mit einem staatsmonopolistischen Kapitalismus berücksichtigten. Er verdeutlichte dabei die Bedeutung der breiten Bündnisse, ohne welche auch die revolutionär gesonnene Arbeiterklasse allein nicht siegreich sein würde. Dabei wandte er sich auch gegen diejenigen in den eigenen Reihen, die eine „reine, direkte sozialistische Revolution“ erwarteten:

„Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: ‘Wir sind für den Sozialismus’, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen aufstellen und erklären: ‘Wir sind für den Imperialismus’, und das wird dann die soziale Revolution sein ! Wer eine ‘reine’ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen – ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf nicht

möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich -, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinragen. Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen, und die klassenbewusste Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das dies objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfs zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhassten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben, einen Sieg, der sich durchaus nicht mit einem Schlag aller kleinbürgerlichen Schlecken 'entledigen' wird." (Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung. In LW 22, S. 363f)

1.4. Kommunistische Internationale und die weitere Debatte um die richtige antifaschistische und antikapitalistische Strategie

Die Kommunistische Internationale entwickelte hiervon ausgehend auf ihrem III. Kongress (1921) das Konzept der Sammlung und Konzentration der verschiedenen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung in der proletarischen Einheitsfront.

In Deutschland bewährte sie sich erstmals beim Zusammenschluss der politischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften 1920, als diese in einem Generalstreik den Kapp-Putsch beendeten. Lenin forderte in seiner Auseinandersetzung mit einer Strömung ultralinken deutscher Kommunisten, die sich in der KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) organisiert hatten, mit Blick auf die Erfahrungen der Bolschewiki aber auch der KPD, dazu auf, unbedingt die jeweils dem politischen, ideologischen und militärischen Kräfteverhältnis angemessene Form des „Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen.“ (Lenin: Der 'linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin, 1968, S. 79)

Eine dieser Formen war in den frühen zwanziger Jahren für die Kommunistische Internationale die Konzeption der „Arbeiterregierungen“. Diese Konzeption wurde Ende 1922 – also noch zu Lebzeiten Lenins – auf dem IV. Kongress der Komintern intensiv debattiert und beschlossen. In den Thesen des Kongresses wurde auf die verschiedenen Möglichkeiten der Entwicklung der revolutionären Nachkriegskrise hingewiesen, die zu verschiedenen Wegen und Etappen des Kampfes um die Macht führen konnten: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich.“ (Protokoll des Vierten Kongresses der KI, S. 1012. Zitiert nach: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Frankfurt 1970, S. 195)

Schon auf dem Kongress selbst wurde deutlich, dass es eine starke ultralinke Tendenz in der Komintern gab – personifiziert vor allem in der Person des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern, G. Sinowjew, die die Arbeiterregierungen nur als ein Synonym für „Diktatur des Proletariats“ verstand.

Lenins strategischer Ansatz war hingegen gewesen, diese linken Regierungen, an der auch Kommunisten sich hätten beteiligen können und auch nach Möglichkeit sollten, als eine Stufe im „Übergang“ zur sozialistischen Revolution und im Kampf um das „Heranführen“ an die Revolution zu verstehen. Dies war auch die Position der Delegation der KPD auf dem IV. Kominternkongress. Sie legte damals den Entwurf eines KPD-Programms vor, „in dem den Übergangsmaßnahmen bis zur Eroberung der politischen Macht, darunter auch der Losung der Arbeiterregierung, große Aufmerksamkeit gewidmet wurde.“ (Geschichte der Komintern, a.a.o., S. 196)

Bis in die Führung der Delegation der Bolschewiki wirkten sich diese Kontroversen aus, die dann vor allem während der Debatte um ein Programm der Komintern offen ausbrachen. Bucharin wandte sich dagegen, die wichtigsten Übergangs- und Teilforderungen in ein solches Programm aufzunehmen, mit denen die werktätigen Massen an den Kampf für die

Eroberung der Macht herangeführt werden sollten, weil dies „Opportunismus“ sei. Es kam schließlich zu einer internen Beratung der Delegationsleitung, der „Fünfergruppe“ des ZK der russischen KP (Lenin, Trotzki, Radek, Bucharin). Sie beschloss schließlich in fünf Punkten die Zustimmung zum Konzept der Teil- und Übergangsforderungen und deren Aufnahme sowohl in die nationalen Parteiprogramme als auch in ein künftiges Programm der Komintern. (Vergl. dazu Lenin Werke, Ergänzungsband Oktober 1917 – März 1923, S. 450f)

Diese strategischen Differenzen brachen nach dem Scheitern eines revolutionären Vorstoßes im Herbst 1923 in Deutschland, der zu einem reichsweiten bewaffneten Aufstand hätte führen sollen, erneut auf. Die KPD hatte sich im Sommer 1923 an zwei Arbeiter- und Bauernregierungen in Sachsen und Thüringen, gebildet von SPD, USPD und KPD, beteiligt. Der mit der Komintern eng abgestimmte strategische Aufstandsplan sah u.a. vor, diese Regierungspositionen zur Bewaffnung und zum Ausbau der bereits bestehenden „proletarischer Hundertschaften“ zu nutzen und auf einem in Chemnitz einberufenen Reichsrätekongress den Beschluss zum bewaffneten Aufstand fassen zu lassen. Dafür fand sich im entscheidenden Moment in Chemnitz aber keine Mehrheit. So blieb der mangels rechtzeitiger Benachrichtigung in Hamburg durchgeführte lokale Aufstandsversuch isoliert und musste nach drei Tagen abgebrochen werden. Die Reichswehr wurde gegen Sachsen und Thüringen in Marsch gesetzt, vereinzelte bewaffnete Kämpfe wurden niedergeschlagen und die beiden linken Regierungen aufgelöst. Die KPD wurde vorübergehend verboten. Tausende revolutionäre Arbeiter wurden erschossen und inhaftiert.

In den erbitterten Auseinandersetzungen in der KPD und in der Komintern über die Ursachen der Niederlage dieses „deutschen Herbstes 1923“, über echte und nur vermeintliche Fehler der damaligen KPD-Führung unter H. Brandler und A. Thalheimer, gewann die These von dem „Synonym“ schließlich die Oberhand. Dies stand jedoch in einem klaren Widerspruch zu der ursprünglichen Auffassung und des strategischen Konzepts der jeweils konkret herauszufindenden „Schritte“ und Möglichkeiten für Übergänge zur

sozialistischen Revolution, die auch von Lenin vertreten worden war.

1.5. Die Verbindung von antifaschistischer und sozialistischer Etappe

Auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 kam es zu einer Rückbesinnung auf diese Erfahrungen und die Quintessenz leninistischer Strategie. G. Dimitroff erinnerte in seinem großen Referat daran, dass die Kommunistischen Parteien sich gemäß der konkreten Lage um diese oder jene Form der Vorbereitung auf die sozialistische Umwälzung bemühen müssten.

Er sagte: „Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, ‚die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen.‘ Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen... Warum maß Lenin der Form des Übergangs zur proletarischen Revolution eine so außerordentlich große Bedeutung bei? Weil er dabei das ‚Grundgesetz aller großen Revolutionen‘ im Auge hatte, dass Propaganda und Agitation allein nicht imstande sind, den Massen die eigene politische Erfahrung zu ersetzen, wenn es sich darum handelt, wirklich breite Massen der Werktätigen auf die Seite der revolutionären Vorhut zu bringen, was für den siegreichen Kampf um die Macht unerlässlich ist.“ (VII. Weltkongress der Komintern, Referate und Resolutionen, Frankf./M. 1973, S. 148)

Die Regierungen der Einheitsfront der Arbeiterparteien bzw. der antifaschistischen Volksfront sollten unter den damaligen Bedingungen das Ergebnis des Sturzes der faschistischen Diktaturen in Europa werden. Darauf musste und sollte alle Kraft der KPen konzentriert werden.

Doch damit sei deren Aufgabe noch nicht beendet.

Sie sollten zugleich nach Möglichkeit den weiteren Übergang zur Durchsetzung der sozialistischen Perspektive anstreben. „Die endgültig Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig

beseitigen. Folglich muss sie sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten.“ (a.a.O., S. 149)

Die KPD entwickelte auf ihren Parteikonferenzen von 1935 („Brüsseler Konferenz“) und 1939 („Berner Konferenz“) die von W. Pieck und G. Dimitroff und vielen anderen Komintern-Experten entwickelten Positionen des VII. Komintern-Kongresses über die Regierung der antifaschistischen Einheitsfront weiter. Wilhelm Pieck erklärte in seinem Referat auf der „Brüsseler Konferenz“: „Der VII. Weltkongress hat die völlig neue Frage behandelt, dass in dem Vormarsch der revolutionären Massenbewegung eine Situation eintreten kann, bei der die Massen wohl zum Sturz der faschistischen Diktatur entschlossen sind, aber noch nicht bereit sind den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen. Unter solchen Bedingungen werden die Kommunisten für die Schaffung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront, die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion garantiert, eintreten, sie unterstützen und unter gewissen Voraussetzungen auch selbst an ihr teilnehmen. [...] Mit unseren freiheitlichen Losungen und unserem Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten werden wir breite Massen in Deutschland für den gemeinsamen Kampf gewinnen, die zwar noch nicht mit unserem revolutionären Endziel der Schaffung der Sowjetmacht einverstanden sind, die auch doch bereit sind, mit uns gemeinsam für den Sturz der Hitlerdiktatur zu kämpfen. Mit diesen Losungen werden wir sogar Teile der Bourgeoisie in die Volksfront einbeziehen. Wir handeln damit durchaus nach der Lehre von Lenin, dass wir die Form der Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig machen müssen.“ (W. Pieck: „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale“, in: Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (3.-15.10.1935), Frankfurt 1975, S. 172)

Auf der Berner Konferenz (1939) konkretisierte die KPD diese neue strategische Konzeption.

Sie sprach sich für die Errichtung einer antifaschistischen, „neuen demokratischen Republik“ als nächstem strategischem Etappenziel anstelle des Konzeptes der Räte-demokratie aus. In den Vorbereitungs-materialien der Führung der KPD für diese Konferenz wurden zahlreiche Fragen zur damaligen Realisierung der Volksfrontstrategie thematisiert, darunter auch solche, die „unter trotzkistischem Einfluss stehende Genossen im Ausland“ vertraten, wonach „nur die Diktatur der Arbeiterklasse Hitler ablösen könne“.

Die KPD-Führung nahm selbstkritisch auch zur eigenen inhaltlichen Schwäche Stellung, wonach sie noch keine einheitlichen Auffassung darüber geschaffen hätte, „dass in der neuen demokratischen Republik der Faschismus mit der Wurzel ausgerottet werden muss ..., dass sein wirtschaftlichen Fundamente, die Monopolstellung der Trusts, der Großbanken, des Großgrundbesitzes, zerstört werden müssen. Die neue, demokratische Republik muss ein Regime darstellen, in dem die Arbeiterklasse führt, das einen tiefen sozialen Inhalt hat (Vergleich mit der spanischen Republik) und in der eine vom Volk gewählte Regierung die materiellen und freiheitlichen Interessen der werktätigen Massen und das Leben der Nation sichert.“ (Zur Einheitsfront [Material der Führung der KPD zur Vorbereitung der Konferenz]). In „Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (30.1. – 1.2.1939), Frankfurt 1974, S. 50f)

1.6. Strategische Überlegungen von KPD und DKP nach 1945

Dies blieb nach der Zerschlagung des Faschismus auch die strategische Konzeption der programmatischen Erklärung der KPD vom 11. Juni 1945.

Im Frühjahr 1968 aktualisierte die 1956 in der BR verbotene Partei in ihrem neuen Programmentwurf die Konzeption des „Herankommens“ an die sozialistische Umwälzung, die nun über den Weg einer „antimonopolistischen“ Etappe führen sollte.

Die im Herbst 1968 neukonstituierte DKP griff diese Gedanken in ihren ersten programmatischen Erklärungen auf. Sie konkretisierte sie in den „Thesen“ ihres Düsseldorfer Parteitags von 1971 und in ihrem

Parteiprogramm von 1978 zur Konzeption der „antimonopolistischen Demokratie“. Darauf bauten wiederum nach dem Sieg der Konterrevolution in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten Europas die „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ von 1993 wie auch unser neues Parteiprogramm von 2006 auf.

Dabei gilt für uns Folgendes: „Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes solche ... antimonopolistischen-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.“ (DKP-Programm von 2006, S. 32)

Wir haben nach 1989 wegen der veränderten internationalen und nationalen Kräfteverhältnisse derzeit bewusst die Orientierung auf eine „antimonopolistische Demokratie“, wie sie ausführlich im Parteiprogramm von 1978 entwickelt worden war, nicht mehr als Aufgabe dieser jetzigen Etappe formuliert.

Wir sprechen derzeit nur von „antimonopolistischen-demokratischen Umgestaltungen“, weil in der gegenwärtigen Phase die Bedingungen für eine solche revolutionär-demokratische, d.h. unter unseren Bedingungen „antimonopolistische“ Form einer möglichen Phase der „noch nicht sozialistischen“, aber auch „nicht mehr kapitalistischen“ Form der Machtorgane noch nicht erkennbar ist.

Heute geht es zunächst einmal darum, die Kräfte des Widerstands gegen die Offensive des Großkapitals neu zu formieren und dabei vor allem die Kommunistische Partei als unverzichtbaren organisierten Kern dieses Widerstands und der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung wieder organisatorisch und ideologisch so handlungsfähig zu machen, dass sie ihre historisch unverzichtbare Rolle als vorwärtstreibende und orientierende Kraft der antimonopolistischen und sozialistischen Umwälzung ausfüllen kann.

Wir sagen deshalb auch im Leitantrag des 21. Parteitags: „Einfluss und Macht der

Monopolbourgeoisie müssen gebrochen werden. Diese Erkenntnisse wollen wir im Bewusstsein der Arbeiterklasse verankern, die den Kern einer antimonopolistischen Bewegung und Abwehrfront bilden.“

Mit den Orientierungen unseres beschlossenen Leitantrages und der „Handlungsorientierung“ haben wir die konkreten Aufgabenstellung für die gegenwärtige Etappe konkretisiert und aktualisiert.

Nun geht es darum, diese mit einer sich auch mitgliedermäßig stärkenden DKP zu realisieren.

2. Referat von Pablo Graubner: Zur Transformationsstrategie

Wenn man sich heute der Frage nähert, was die Strategie und Taktik einer kommunistischen Partei ist, dann kann man das auf unterschiedliche Weise tun.

Man kann die Frage auf Grundlage der Erfahrung der Arbeiterbewegung beantworten, insbesondere aus den Beiträgen solcher intellektueller Größen wie Rosa Luxemburg, Lenin, Gramsci ...

Man kann sie auf Grundlage unserer heutigen Kampferfahrungen im Betrieb, im antifaschistischen Bereich oder der Friedensbewegung beantworten – eben aus den Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, aus den Einzelkämpfen in diesen Bereichen eine fortschrittliche gesellschaftliche Kraft zu schmieden ...

Wir kommen noch darauf zu sprechen. Unser Einstieg ist an dieser Stelle ein Anderer. Wir stellen die Frage: Welche Strategie wird in den Gewerkschaften und in anderen linken Parteien diskutiert und angeboten? Was haben wir mit diesen Angeboten gemeinsam, und was unterscheidet uns von ihnen?

2.1. Transformationslinke, Revolutionäres Subjekt und Bündnisse

Unser Einstiegspunkt ist die Debatte um Rot-Rot-Grüne Regierungskoalitionen auf Landes- und Bundesebene, weil sie als eine Option innerhalb der linken Organisationen und Parteien diskutiert wird.

Ich greife dafür ein Zitat vom Chefredakteur des ND, Tom Strohschneider aus dem vergangenen Jahr heraus.

„[Die Akteure von Rot-Rot-Grün] müssten sich weniger als ‚Regierungslinke‘ denn als ‚Transformationslinke‘ verstehen, was zweierlei bedeutet: Einerseits sollte eine Koalitionsbeteiligung nicht länger als bloß machtpolitisch gedachte Verwaltungsfrage angesehen werden, die bessere Voraussetzungen für kommende Wahlen bietet [...]. Sondern als Möglichkeit realer Transformation, also eines gesellschaftlichen Umbaus, der weder binnen einer Legislaturperiode zu schaffen ist noch auf Regierungshandeln allein begrenzt sein kann.

Eine solche, sich als ‚Transformationslinke‘ verstehende Mitte-Links-Regierung [...] müsste sich messen lassen, ob sie die Bedingung für sozialen und ökologischen Umbau, für die Entstehung von neuen Räumen der Selbstermächtigung, der Selbstorganisation, von Inseln solidarischer Ökonomie verbessert.“ (Strohschneider, 82f.)

Die Transformation der Gesellschaft und dazu zugehörig die Transformationslinke – was ist das?

Transformation der Gesellschaft – das ließt sich bei Dieter Klein (Rosa-Luxemburg Stiftung) folgendermaßen:

„Eine Gesellschaftstransformation auf der Höhe der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wird die Sackgassen von Reform und Revolution der Geschichte überlassen, sie vermag die Stärken beider Entwicklungsweisen zu bewahren: Transformation als das »Aufheben« von Reform und Revolution“ (Klein, 118f.)

Und wer sich mit Hegel auskennt, der weiß, dass der Begriff „Aufhebung“ dialektisch zu deuten ist: Transformation ist das neue, das die Fehler des Alten negiert, dessen Stärken aber in sich bewahrt.

Worin bestehen nun die „Sackgassen“ in der Geschichte vergangener sozialistischer Bewegungen?

„Der Staatssozialismus hat die Grenzen der Revolutionsstrategie bloßgelegt. Die Ablösung des Fordismus durch den Neoliberalismus hat nun mit aller Schärfe die Begrenztheit der Reformstrategie deutlich gemacht.“ (ebd.)

Es geht also um eine doppelte Abgrenzung: Einerseits von der kommunistischen Bewegung – insbesondere von den sozialistischen Staaten. Andererseits von der klassischen Sozialdemokratie – die zu einer neoliberalen Kraft geworden sei.

Und was ist die „Transformationslinke“?

Sie ist das passende Subjekt zur Transformation der Gesellschaft. Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, spricht mit Blick auf Antonio Gramsci von einem „gegenhegemonialen Block“, der „Sammlung all jener Teile der Gesellschaft, deren „Interessen durch die kapitalistische Krise und die derzeit vorherrschenden kapitalkonformen Lösungsstrategien der Eliten unter die Räder zu

geraten drohen“ – also Gewerkschaften, Anti-Globalisierungsbewegung, linke Intellektuelle, in anderen Worten: Die Mosaik-Linke.

Die Sammlung von Gegenkräften, die in der Lage sind, der herrschenden Politik etwas entgegenzusetzen – das sollte auch Kommunistinnen und Kommunisten nicht fremd sein. Im Gegenteil, in zentralen Kampffeldern – z.B. in der Gewerkschaft, im antifaschistischen Bereich, in der Friedensbewegung – verfolgen Kommunistinnen und Kommunisten eine Politik der Aktionseinheit.

Was aber genau ist der Inhalt und das Ziel einer Mosaik-Linke? Es zeigt sich: Dieser von Hans-Jürgen Urban geprägte Begriff hat gar keinen klaren Inhalt, er ist ein Platzhalter, der in verschiedener Weise interpretiert werden kann. Setzt man eine revolutionäre Brille auf, kann er als ein radikales Gegenprojekt zur kapitalistischen Herrschaft gelesen werden. Setzt man hingegen eine reformistische Brille auf, kann man darin eine links-sozialdemokratische Reformstrategie erkennen.

Und diese Eigenschaft wird mitunter als ganz nützlich empfunden. Dazu wieder Tom Strohschneider:

„Aber geht es nicht genau darum? Verweist das Befüllen von verschiedener Seite nicht auf das verbreitete Bedürfnis, neue Techniken gemeinsamer Politik auszuprobieren, sich aus der Hierarchie alter Bündnispraxen zu befreien, in denen meist die Gewerkschaften oder Parteien irgendetwas angeführt hatten und die Forderungen von Bewegungen irgendwo vertraten?“ (Strohschneider, S. 68f.)

Im Grunde ist die Feststellung nicht falsch: Es gibt viele – insbesondere junge Aktivistinnen und Aktivisten –, zum Beispiel in der antifaschistischen und antimilitaristischen Bewegung, die ihre Aktionsformen und Organisationsstrukturen außerhalb des Einflussbereiches traditioneller Parteien gewählt und aufgebaut haben. In dieser Hinsicht von neuen Netzwerken und „Techniken“ zu sprechen, die sich spontan herausbilden, ist also richtig. Sie sind ein Fakt, und in vielen Fällen sind die Akteure auch Bündnispartner der Kommunistinnen und Kommunisten.

Worin besteht dann das Problem? Es besteht darin, dass die spontane Organisation, das „Netzwerkartige“, die „neuen Techniken“ nicht nüchtern als Ausdruck des gegenwärtigen

Zustands dieser Bewegungen betrachtet, sondern zum Vorbild und Leitprinzip erhoben werden. Die Metapher des Mosaiks drückt aus, dass durch das Zusammenkommen aller Widerständigen in dieser Gesellschaft ein neues Bild entstünde, eine neue Qualität. In anderen Worten: Das Ganze sei mehr als die Summe seiner Teile, die alten Strömungen der Arbeiterbewegung seien darin bewahrt. Die Erfahrung der Arbeiterbewegung zeigen allerdings etwas anderes, nämlich, dass eine neue Qualität politischer Bewegung nicht allein durch das Zusammenkommen einer kritischen Masse entsteht. Eine neue Qualität politischen Bewusstseins und damit einhergehend auch eine neue Qualität politischer Organisation entsteht nicht spontan, sondern muss bewusst hergestellt werden. Dafür braucht es bewusst und organisiert handelnde Menschen, dieser Aufgabe stellen sich die Kommunistinnen und Kommunisten.

2.2. Reform, Revolution und Streitkultur

Wenn nun Dieter Klein schreibt, dass Reform und Revolution zu einem neuen Ganzen aufgehoben seien, so geht es ihm natürlich darum, ein solches Mosaik theoretisch zu begründen. In einfachen Worten ausgedrückt besteht die hier zum Ausdruck gebrachte politische Strategie darin, radikal-linke Aktivisten, ehemalige Kommunisten und Andere mit enttäuschten Sozialdemokraten zusammenzubringen, um den freigewordenen politischen Raum zu besetzen. Darauf läuft das theoretische Argument der Transformation als „Aufhebung“ von Reform und Revolution hinaus. Das ist aber etwas anderes als die Dialektik von Reform und Revolution, wie wir sie zum Beispiel bei Rosa Luxemburg finden, in der Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein.

Worin besteht die Dialektik von Reform und Revolution bei Rosa Luxemburg?

Sie geht davon aus, dass die herrschende Politik die Politik im Interesse der herrschenden Klasse ist. Indem die ausgebeutete Klasse um Reformen im Kapitalismus kämpft, gewinnt sie organisatorische Stärke und Bewusstsein, um schlussendlich in einem revolutionären Akt selbst herrschende Klasse werden zu können und eine solidarische Gesellschaft zu errichten – den Sozialismus.

Entsprechend gibt es eine enge Verbindung zwischen Reform und Revolution bei Luxemburg, beide Begriffe sind miteinander vermittelt. Die alltägliche Erfahrung von Solidarität und dem Entstehen für die eigenen Interessen, von Klassenkämpfen, ist die Basis für das Entstehen revolutionären Bewusstseins. Zugleich muss unser Wissen über die kapitalistische Gesellschaft, über ihren Charakter als Klassengesellschaft genauso vermittelt werden, wie der Zusammenhang zwischen dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Herrschaft der Bourgeoisie. Revolutionäres Bewusstsein bildet sich also nicht spontan. Es ist ein bewusster Prozess der Aneignung von theoretischen Zusammenhängen und Wissen über die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung, der nicht zu trennen ist von einer revolutionären Praxis, die Solidarität und Kämpfe in der Arbeiterklasse entwickelt. Dafür braucht es eine revolutionäre Organisation. Die dialektische Aufhebung von Reform und Revolution besteht also bei Luxemburg nicht darin, diese beiden Begriffe zu vermengen und unkenntlich zu machen, sondern sie als Gegensätze (Antagonismen) anzunehmen, die sich gegenseitig bedingen und die nicht voneinander zu trennen sind.

Dieter Klein sieht das naturgemäß anders: „Ein emanzipatorischer Transformationsprozess, der von einer Erneuerung der Demokratie getragen wird, schließt notwendig auch eine Erneuerung der politischen Kultur der Linken ein. Schon die Überschreitung der antagonistischen Entgegensetzung von Reform und Revolution im Diskurs der Linken erfordert, die tief verwurzelte Unkultur wechselseitiger Beschuldigung, Diffamierung und Ausgrenzung von Grund auf zu überwinden“ (Klein, S.200)

Nun hätten die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten sicherlich auch einige Takte zu tief verwurzelter Unkultur, Beschuldigung und Diffamierung zu sagen, deren Opfer sie im Laufe der deutschen Geschichte wurden. Wir lassen diesen Punkt aber beiseite, denn hier geht es um etwas anderes. Denn wenn Dieter Klein schreibt: Die antagonistische Entgegensetzung von Reform und Revolution sei ein Schritt zu einer Erneuerung der politischen Kultur innerhalb der Linken, weg von Beleidigungen und Ausgrenzungen, dann kann das umgekehrt auch gelesen werden als: Wer auf dem dialektischen

Gegensatz von Reform und Revolution besteht, der grenzt aus, diffamiert. Damit wendet sich Dieter Klein direkt an die Kommunistinnen und Kommunisten, und er wird noch deutlicher: „Ein transformatorischer Such- und Lernprozess ist völlig unverträglich mit Restvorstellungen in der Linken davon, sich im Besitz eines Wahrheitsmonopols über künftige Wege und Gestalten der Gesellschaft zu wähnen (...). In der parteiförmigen Linken mit staatssozialistischer Geschichte erforderte dies einen vollständigen Bruch mit stalinistischen Strukturen, wie ihn die damalige SED/PDS auf ihrem Gründungsparteitag 1989 vollzogen hat. Die zentralistische Struktur des Staatssozialismus, die Enge des marxistisch-leninistischen Denkgebäudes und die Heiligung der Parteilinie erstickten jede politische Kultur“ (ebd.)

Nun hat es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Geschichte und von Land zu Land unterschiedliche Ausprägungen der „politischen Kultur“ innerhalb der Kommunistischen Parteien gegeben – Verbrechen und innerparteilicher Kampf genauso wie breiteste Mobilisierung und engste Verbundenheit mit den Massen. Ein aktuelles Beispiel für Letzteres sind die beiden vergangenen Parteitage der kubanischen Kommunisten, die durchaus eine demokratische Streitkultur pflegen – und das trotz des „staatssozialistischen“ Modells Kubas und des marxistisch-leninistischen „Denkgebäudes“ der kubanischen Kommunisten. Oder sollte man nicht vielmehr sagen, sie pflegen diese Streitkultur, gerade weil sie den marxistischen Charakter ihrer Partei und den sozialistischen Charakter ihrer Revolution bewahrt haben?

In der pauschalen Aburteilung der kommunistischen Bewegung sticht eine zentrale Säule der „erneuerten politischen Kultur“ heraus: Ein Antikommunismus, der den Kommunistinnen und Kommunisten das Recht abspricht, eine eigenständige politische Kraft zu sein.

2.3. Transformation, Reformismus und Übergänge zum Sozialismus

In der Partei DIE LINKE ist nach den Wahlerfolgen der AfD bei den vergangenen Kommunal- und Landtagswahlen die Strategiediskussion in vollem Gange. In dem jüngst erschienenen Strategiepapier „Revolution

für soziale Gerechtigkeit und Demokratie!“ von Katja Kipping und Bernd Riexinger heißt es u.a.: „Michael Brie hat eine Strategie der ‚linken Regierung‘ vorgeschlagen. Daran können wir anknüpfen und eine Alternative zum neoliberalen Kapitalismus, eine Agenda für eine Regierung im Interesse der 90% entwickeln, für die wir in den nächsten zehn Jahren um gesellschaftliche Mehrheiten ringen“ (Kipping/Riexinger 2016)

Michael Brie war u.a. Mitglied der Programmkommission der PDS und der Partei DIE LINKE. Worum handelt es sich bei der Strategie der ‚linken Regierung‘? Dazu Michael Brie selbst:

„Es geht nicht um eine Mitte-Links-Regierung. Von denen gab es in der Europäischen Union (EU) schon viel zu viele. Mitte-Links hat die umfassende Durchsetzung des Neoliberalismus mit modifizierten Mitteln erst ermöglicht. Die Regierung Schröder-Fischer war die Probe aufs Exempel.“ (FR, 13.12.15)

Stattdessen gehe es darum, „den Kampf um wirklich linke Regierungen aufzunehmen, die die Abkehr vom Neoliberalismus einleiten“. Die Partei DIE LINKE sei derzeit keine machtpolitische Alternative, das dürfe nicht so bleiben. Es ginge darum, dass mit anderen ernsthaft und dauerhaft linke Politik gemacht wird (ebd.).

Eine machtpolitische Alternative, eine wirklich linke Regierung – was ist das?

Das ist eine rot-rot-grüne Regierung, in der die LINKE nicht bloß Anhängsel ist, sondern die real einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft einleitet, eine Alternative zur neoliberalen Politik, eine „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“, aber keine soziale Revolution.

Der letzte Punkt ist wichtig. Wir zitieren wieder Kipping/Riexinger:

„Um in diesen Zeiten gegen die Konzentration von Macht und Reichtum in den Händen Weniger die drohende Zerstörung der Demokratie zu verhindern und eine soziale Demokratie zu verwirklichen, braucht es nicht weniger als eine Revolution. Revolution? Wir sind uns bewusst, was ‚soziale Revolution‘ bedeutet: radikale Umwälzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und aller gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Menschen ausgebeutet, erniedrigt und

unterdrückt werden. Eine solche Umwälzung steht in Deutschland derzeit nicht auf der Tagesordnung“ (Kipping/Riexinger 2016, a.a.O.)

Der letzte Satz ist ganz offenkundig richtig. Man muss aber ergänzen: Eine Revolution für Demokratie und Gerechtigkeit, in der die Armut beseitigt, gute Gesundheitsversorgung, Bildung und bezahlbares Wohnen durchgesetzt sind, wie in dem Strategiepapier vorgeschlagen, steht ebenfalls nicht auf der Tagesordnung. Und sie wird genau so lange nicht auf der Tagesordnung stehen, wie es nicht gelingt, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ins Zentrum der Auseinandersetzung zu rücken; denn sie sind die Ursache davon, dass die Arbeitenden und Armen von dem ungeheuren gesellschaftlichen Reichtum, der in unserer modernen Gesellschaft geschaffen wird, nicht profitieren.

Diesen Zusammenhang herauszuarbeiten, sehen die Kommunistinnen und Kommunisten als ihre ureigenste Aufgabe. Auch sie gehen nicht davon aus, dass es aus dem Nichts heraus einen großen Knall geben wird, nach dem sich dann die Revolutionäre am Marktplatz treffen, um das Bürgermeisteramt und die Polizeistation zu besetzen. Wahrscheinlicher sind eine Vielzahl von Zuspitzungen– in einem vereinfachten Bildnis: Ebbe und Flut der Bewegung –, die aufeinander folgen und die möglichst effektiv genutzt werden müssen. Die Oktoberrevolution 1917 war kein isoliertes Ereignis, sondern war vorbereitet – durch die Revolution von 1905 und die Februarrevolution, in der sich zunächst die Keimform der Räte, anschließend die Doppelherrschaft von Räten und Regierung bildeten.

Seither hat es eine Vielzahl von Versuchen gegeben, Übergänge zum Sozialismus zu finden. In der kommunistischen Bewegung werden sie – nicht erst seit heute – unter dem Oberbegriff „antimonopolistische Strategie“ diskutiert.

2.4. Worin besteht nun der Unterschied zwischen einer antimonopolistischen Strategie und der Transformationsstrategie?

Die Strategie der Kommunistinnen und Kommunisten orientiert auf einen Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen, Reformkämpfe sollen innerhalb dieser Strategie diesen Bruch vorbereiten und ermöglichen.

Die Transformationstheoretiker behaupten stattdessen: Eine Revolution sei zwar irgendwann in ferner Zukunft möglich, man brauche aber vor allem Veränderungen im Hier und Jetzt.

Die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft ist folglich kein Konzept des Übergangs von Kapitalismus zum Sozialismus, sondern ein Reformprogramm innerhalb des Monopolkapitalismus. Es finden sich in diesem Konzept durchaus Versatzstücke der revolutionären Theorie, aber ihr Kernbestandteil fehlt: Der Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen spielt keine eigenständige Rolle mehr, sondern ist aufgeschoben und – im schlechten Sinne – „aufgehoben“.

Das äußert sich u.a. auch darin, dass der Kampf gegen den Neoliberalismus der modernen Linksparteien zwar ganz oben auf dem Programm steht – aber Neoliberalismus eben nur als Politikform. Der Kern der Sache, nämlich der Neoliberalismus als ein Programm der Monopolbourgeoisie, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und soziale Errungenschaften zu beseitigen, wird nicht benannt.

Das macht eben den doppelten Charakter dieser Parteien aus: Einerseits finden sich dort Menschen, die mehr wollen als Reformismus – andererseits grenzen sich diese Parteien mitunter scharf von der kommunistischen Bewegung ab. Einerseits sind diese Parteien unsere Bündnispartner gegen eine neoliberale Politik – andererseits bekämpfen sie nur eine bestimmte Politikform des Monopolkapitals und sind daher nicht davor gefeit, in eine Politik im Interesse der Monopolbourgeoisie integriert zu werden.

Diese modernen Linksparteien können also sowohl eine positive als auch eine negative Rolle spielen. Aus der jüngsten Zeit zeigt das Beispiel Portugal, dass eine Zusammenarbeit von Kommunisten und diesen Parteien den Spielraum für fortschrittliche Kräfte verbessern kann; das Beispiel Griechenland hingegen zeigt, dass diese Parteien auch in rasender Geschwindigkeit zu Mehrheitsbeschaffern für eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerung und im Interesse der Monopolbourgeoisie werden können.

Quellen:

- Brie, Michael: Zeit für eine linke Regierung. Frankfurter Rundschau, 13. 12. 2015
- Kipping, Katja und Riexinger, Bernd: Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Vorschläge für eine offensive Strategie der LINKEN, online: <https://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/revolution-fuer-soziale-gerechtigkeit-und-demokratie/>
- Klein, Dieter: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. VSA-Verlag 2013.
- Strohschneider, Tom: Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie. VSA-Verlag 2014.

3. „Oh weh, Bildungsabend“ - Hilfestellungen zur Gestaltung eines Bildungsabends von Michaela Sohn

Oh weh, Bildungsabend -

wo bekomme ich einen Referenten her? Einen ganz Schlaunen; einen, der den GenossInnen alles Wichtige erzählt und erklärt??? Oh weh, ich habe selber viel zu wenig Ahnung, das Thema ist so umfassend, was tu ich nur?

Erst einmal überlegen,

- unser großes Ziel (Klassenbewusstsein schaffen und schärfen, Abschaffung der Ausbeutung, Revolution...)
- unser Ziel in dieser Bildungseinheit:

Universalvariante:

Erfüllt die Strategie der DKP die Kriterien, die für Strategie und Taktik? Entwerft eine gute Taktik für eure „vor Ort“ Politik.

Arbeitsauftrag: Lesen des Textes
Gesucht wird

1. Die Strategie der DKP
2. Kriterien, die Strategie und Taktik erfüllen müssen
3. Entwickelt zu zweit eine Taktik zu einem eure Gruppe betreffenden Politikthema, eingebettet in die Strategie der DKP. Diskutiert noch ob die Kriterien, die im Text für Strategie und Taktik genannt werden auch für die antimonopolistischen Strategie und eure Taktikentwicklung zutreffen.

Stellt eure Ergebnisse in der Gruppe vor.

Intellektuellenvariante:

Die Gruppenmitglieder sollen Grundlagen bekommen sich an der innerparteilichen Strategiediskussion und darüber hinaus zu beteiligen. Findet den Unterschied zwischen der antimonopolistischen und der Transformations-Strategie.

Arbeitsauftrag: Lesen des Textes
Gesucht wird :

Kennzeichen und Argumente für eine antimonopolistische Strategie in einem ersten Bildungsabend.

In einem zweiten Bildungsabend beschäftigt sich ein Teil mit der Transformationsstrategie, ein anderer Teil mit dem Eurokommunismus. Zum Schluss sollen beide der antimonopolistischen

Strategie gegenübergestellt werden, so dass für alle der Unterschied klar wird. Und schon können sie sich in die innerparteiliche Auseinandersetzung stürzen, oder andere linke Parteien kritisieren.

Stärkungsvariante:

Reform oder Revolution?
Kapitalismus biegen oder brechen?

Arbeitsauftrag: Lesen des Textes, v.a. S.6 Material (2.3. Antimonopolistische Strategie und Reformismus): „Man darf aus Angst vor opportunistischen Gefahren keine richtige Politik ablehnen.“

Dann ein Streitgespräch inszenieren, in dem es um kommunistische Kommunalpolitik geht.

Pos.1: Politik als Kunst des Möglichen.

Pos.2: Politik, die das Notwendige möglich macht.

Dann die Frage diskutieren in der ganzen Gruppe, ob man den Kapitalismus brechen kann bis er sich biegt (umgekehrt natürlich).

Tiefgründelvariante:

Unterschied der Zwischenetappen (Einheits- und Volksfront) im Verständnis der LINKEN zu der der DKP. Führt die Transformation zu einer Integration des Protestpotentials? Bedeutet der Übergang zum Sozialismus nicht die Negation der Transformation und muss er sich nicht von verschiedenen „Zwischenkapitalismen“ unterscheiden?

Arbeitsauftrag: Lesen des Textes
Gesucht wird die Beantwortung der Fragen s.o.

um dann ein Streitgespräch

zwischen Vertretern der „großen Transformation“ und Antimonopolisten anzuzetteln.

(Handgreiflichkeiten unterbinden!)



Einigungsvariante:

Damit die Grundeinheit geeinigt auftritt, beschäftigt sie sich mit dem Zusammenhang zwischen anderer Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der

Transformationstheorie? Klärung von Grundbegriffen.

Arbeitsauftrag: Lesen des Textes
Gesucht wird:

1. Die Bedeutung von Strategie und Taktik im täglichen Klassenkampf
2. Kriterien, die Strategie und Taktik erfüllen müssen
3. Stellt eure Ergebnisse in der Gruppe vor.

Staats-fetzige-Variante:



Ist der Staat die Gesamtheit der Bevölkerung oder der Erfüllungsgehilfe des Monopolkapitals?

Arbeitsauftrag: Lesen des Textes, v.a. Antimonopol. Strategie 1. Abschnitt und „Stichwort:

Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ erster Abschnitt.

Szenario: Die Deutsche Bank hat sich verzockt und macht die Grätsche. Angela Merkel soll sie retten helfen; dagegen formiert sich ein breiter Unwillen und Gegenbewegung in der Bevölkerung. Inszeniert eine Talkshow mit Jürgen Fitschen (Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank) Angela Merkel, Sahra Wagenknecht und Patrick Köbele.

Fazit: Selber tun bringt am meisten; also brauchen wir nicht zwangsweise einen Vielschlau-Referenten.

Michaela Sohn und die AG „Bildungsabend“ auf dem bundesweiten Vorbereitungsseminar am 3.4.2016 in Frankfurt/M.

Kontakt

Fragen und Anregungen nimmt die Kommission Marxistische Theorie und Bildung gerne entgegen.

E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Verantwortlich: Hans-Peter Brenner